140. Zum Begriffe der Fahrlässigkeit, insbesondere im Falle des § 59 Abs. 2 StGB.

III. Straffenat. Urth. v. 21. Mai 1917 g. S. III 124/17.

I. Landgericht Kößlin.

G. d. RG. Entsch. in Straff. L.

Gründe:

... „Der Angeklagte hat als beurlaubter Soldat bei Ausübung der Jagd mit seiner Jagdflinte auf einen von mehreren russischen Kriegsgefangenen, die entwichen waren und ihm begegneten, nach verblichem Anruf geschossen und ihn getötet. Er hat behauptet, gemäß einem ihm während seiner Zugehörigkeit zum Feldtruppenteil bekanntgemachten Dienstbefehl gehandelt zu haben. Die Strafkammer verneint das Vorliegen eines Dienstbefehls, nach dem auch Soldaten, die sich auf Urlaub befänden und weder mit dem Dienstanzug bekleidet noch mit dem Dienstgewehr ausgerüstet seien, auf fliehende Kriegsgefangene zu schießen hätten. Hierin mag sich eine auf Grund des Verhandlungsergebnisses getroffene tatsächliche Feststellung aussprechen, die den Revisionsrichter bindet. Die Strafkammer unterstellt jedoch zugleich, daß der Angeklagte infolge mißverständlicher Auffassung eines Befehls sich in seiner Eigenschaft als beurlaubter Soldat für befugt erachtet habe, auch im bürgerlichen Anzug mit seinem Jagdgewehr den Schuß auf den fliehenden Gefangenen abzugeben. Dadurch wird ihm ein Irrtum über einen zum Tatbestand gehörigen Tatumstand zugebilligt, und nach § 59 Abs. 1 und 2 StGB. wäre seine Schuld ausgeschlossen, sofern der Irrtum nicht durch Fahrlässigkeit verschuldet war. Das angefochtene Urteil bejaht das Vorliegen einer solchen Fahrlässigkeit, gründet aber seine Annahme auf Erwägungen, in denen eine Verkennung dieses Rechtsbegriffs zutage tritt.

Zunächst kommt in Betracht die Ausführung des angefochtenen Urteils, daß eine genügende Überlegung und eine Erkundigung bei seinen Vorgesetzten dem Angeklagten die irrtümliche Auffassung des Befehls leicht erkennbar machen konnten. An einer späteren Stelle läßt das Urteil die Erwägung folgen, daß nach den obwaltenden Umständen der Angeklagte bei Abgabe des Schusses damit rechnen mußte, nicht, wie er wollte, den Unterschental, sondern einen edleren Körperteil — in Wirklichkeit wurde der Oberschental getroffen — zu verletzen und dadurch den Tod des Russen herbeizuführen. Beide Erwägungen, nebeneinandergehalten, lassen erkennen, daß die Annahme der Fahrlässigkeit auf rechtsirrtümlicher Grundlage ruht.

Der Fahrlässigkeitsbegriff setzt das Außerachtlassen einer Pflicht und die Vorhersehbarkeit des dadurch verursachten rechtsverletzenden

Erfolges voraus. Beide Erfordernisse müssen aber innerlich und in dem Maße auch zeitlich zusammenfallen, daß die Vorhersehbarkeit spätestens im Zeitpunkt der Pflichtverletzung vorhanden sein muß. Denn es handelt sich nicht um zwei von einander trennbare Voraussetzungen, sondern um Begriffsbestandteile, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen; die Pflichtversäumnis gelangt erst dadurch, daß sie trotz der Vorhersehbarkeit des schädlichen Erfolges begangen wird, zur schuldbegründenden Wirkung, und die Vorhersehbarkeit muß sich auf den Erfolg derjenigen Handlung oder Unterlassung erstrecken, in der die Pflichtwidrigkeit in die Erscheinung tritt. Diese Grundsätze gelten auch für den Fall der Anwendung des § 59 Abs. 2 StGB., wo dem Begriff der Fahrlässigkeit kein von der allgemeinen Bedeutung abweichender Sinn beigelegt ist. Die Vorhersehbarkeit hat sich hier auf den Erfolg des durch den Irrtum veranlaßten pflichtwidrigen Tuns oder Unterlassens, nicht auf das Bestehen eines Irrtums zu richten.

Das angefochtene Urteil wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Es legt nicht dar, auf welchen Zeitpunkt sich der erste Erwägungsgrund bezieht, der auf der Annahme der Überlegungs- und Erkundigungspflicht beruht. Unmöglich kann hierbei der Augenblick ins Auge gefaßt worden sein, wo der Angeklagte vor der Wahl stand, entweder die Fortsetzung der Flucht der Russen zu dulden, oder sie daran durch Abgabe eines Schusses zu hindern. Offenbar soll sich die Erwägung überhaupt nicht auf die Zeit nach der Beendigung der Feldstellung des Angeklagten, sondern auf den vorangegangenen Zeitabschnitt seiner Tätigkeit im Felde, insbesondere auf den Zeitpunkt beziehen, in dem ihm der irrtümlich aufgefaßte Befehl bekannt geworden ist. Hier setzte die Unterlassung der pflichtmäßigen Überlegung und Erkundigung ein; aber das Urteil hat unmöglich annehmen können, daß schon hierbei für den Angeklagten die Vorhersehbarkeit seiner späteren Begegnung mit fliehenden Russen an einem Orte bestand, an dem er sich während eines Heimatsurlaubs im bürgerlichen Anzug zur Ausübung der Jagd aufhalten würde. Es muß ohne weiteres als die Annahme des Urteils unterstellt werden, daß damals der Eintritt dieses Falles völlig außerhalb seiner Berechnung lag. Der Angeklagte war also zur Zeit der Unterlassung der Überlegungen und Erkundigungen, wenn diese überhaupt

zum Ziele zu führen vermocht hätten, außerstande, vorauszusehen, daß dadurch der Erfolg der Tötung eines russischen Kriegsgefangenen herbeigeführt werden könnte. In dem Zeitpunkt aber, als nach der Feststellung des Urteils dieser Erfolg für ihn vorhersehbar war, also unmittelbar vor Abgabe des Schusses, kam die Erfüllung der ihm angesonnenen Pflicht naturgemäß nicht mehr in Frage. Fehlt es sonach an einem gleichzeitigen Zusammenwirken beider Begriffsbestandteile, so kann dem Angeklagten die gegen ihn festgestellte Pflichtverletzung nicht als Fahrlässigkeit angerechnet werden.

Da die Feststellungen des Urteils auch sonst für ein schuldhaftes Verhalten des Angeklagten keinen Raum lassen, mußte seine Freisprechung erfolgen.“

Der Oberreichsanwalt hatte die Aufhebung des Urteils und die Zurückverweisung der Sache beantragt.